



Verbraucherschutz: Vertrauen in die Politik sinkt weiter

Michael Fiedler

Die Mehrheit der Deutschen sieht die Politik in der Pflicht, Verbraucher zu schützen. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen, dass sie dieser Aufgabe tatsächlich gerecht wird. Besonders beim Schutz von Kindern und Jugendlichen in digitalen Medien, bei Finanzthemen und Ernährung sehen viele Bürger erhebliche Defizite. Das zeigt der Verbraucherreport 2026 des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

Mehrheit fordert stärkeren Schutz junger Menschen

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Befragung sind 79 Prozent der Verbraucher der Meinung, dass Kinder und Jugendliche stärker geschützt werden sollten – auch wenn dies strengere Regeln für Unternehmen und digitale Plattformen bedeutet. Vor allem im digitalen Raum sehen die Befragten erheblichen Handlungsbedarf. Rund 87 Prozent bewerten den Schutz junger Menschen bei sozialen Medien, Online-Plattformen und digitalen Diensten als eher oder sehr schlecht. Auch im Finanzbereich fällt das Urteil kritisch aus. Mehr als acht von zehn Befragten (82 Prozent) sind der Ansicht, dass die Politik junge Menschen nicht ausreichend vor Überschuldung oder finanziellen Risiken schützt. Im Bereich Ernährung sehen 74 Prozent Nachholbedarf. „Ungesunde Lebensmittel, süchtig machende Online-Medien, drohende Schuldenfallen: Der Verbraucheralltag junger Menschen ist sehr komplex. Gleichzeitig haben Kinder und Jugendliche ein Recht darauf, gesund und sicher aufzuwachsen. Dieser Verantwortung wird

die Politik aus unserer Sicht oft nicht gerecht“, sagt Ramona Pop, Vorstandin des Verbraucherzentrale Bundesverbands.

Digitale Risiken rücken stärker in den Vordergrund

Die Ergebnisse spiegeln eine Entwicklung wider, die auch in anderen Studien sichtbar wird. Mit der zunehmenden Digitalisierung verlagern sich viele Verbraucherprobleme in den Online-Bereich. Kinder und Jugendliche bewegen sich früh auf Plattformen, die mit Algorithmen, personalisierter Werbung und spielerischen Kaufanreizen arbeiten. Gleichzeitig gewinnen Themen wie Datenschutz, In-App-Käufe, Online-Betrug und digitale Abhängigkeiten an Bedeutung. Ramona Pop fordert deshalb stärkere politische Maßnahmen: „Kinder und Jugendliche dürfen nicht außen vor bleiben. Sie haben ein Recht auf Teilhabe – analog und digital. Die Politik muss dafür sorgen, dass digitale Angebote auch für junge Menschen sicher sind.“

Vertrauen bleibt auf niedrigem Niveau

Die Untersuchung zeigt zugleich ein grundsätzliches Problem für die Verbraucherpolitik. Während neun von zehn Befragten Verbraucherschutz als wichtig oder sehr wichtig für ihre persönliche Sicherheit einstufen, fällt das Vertrauen in die politische Umsetzung deutlich geringer aus. Besonders bemerkenswert: Das Vertrauen sinkt seit mehreren Jahren kontinuierlich. Lag der Anteil derjenigen, die der Politik beim Verbraucherschutz vertrauen, 2024 noch bei 24 Prozent, waren es 2025 nur noch 22 Prozent und aktuell lediglich 20 Prozent. Gleichzeitig messen gerade junge Menschen dem Verbraucherschutz eine hohe Bedeutung bei. In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen halten ihn 96 Prozent für wichtig oder sehr wichtig.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950427/Verbraucherschutz-Vertrauen-in-die-Politik-sinkt-weiter/>